

AKTUELL

ÖKOLOGISCHE STEUERDEBATTE

Ressourcen statt Arbeit besteuern

Joël Adami

Steuerdebatten drehen sich in Luxemburg meistens um Spitzensteuersätze und Einkommensklassen. Der Nachhaltigkeitsrat präsentierte eine Studie, die vorschlägt, die Steuerlast von der Arbeit auf den Ressourcenverbrauch zu verschieben.

Am Donnerstagmorgen stellten Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates (CSDD) eine Studie vor, die sich mit dem sogenannten „Taxshift“ auseinandersetzt. Damit ist die Idee gemeint, Arbeit weniger und dafür Ressourcenverbrauch und Energiehunger stärker zu besteuern, um für einen ökosozialen Ausgleich zu sorgen. Die Idee wurde im Rahmen des Europäischen Green Deals diskutiert. Das Beratungsbüro Cambridge Econometrics hat für alle 28 EU-Länder durchgerechnet, wie ein solcher Taxshift aussehen könnte und welche Auswirkungen er hätte. Die Studie für Luxemburg wurde in Zusammenarbeit mit dem CSDD und mit Daten des Statec ausgearbeitet.

Die Ausgangslage ist schon länger klar: Luxemburg hat besonders wenige ökologische Steuern. Unter den EU-Mitgliedsstaaten ist das Großherzogtum auf zweitletztem Platz, denn nur 3,8 Prozent des Steueraufkommens werden aus Ökosteuern gespeist. Demgegenüber stehen Steuern auf die Arbeit, die 47,3 Prozent der Steuereinnahmen ausmachen – beinahe die Hälfte. Steuern, die sich auf Ressourcennutzung und Verschmutzung beziehen, machen nur 0,03 Prozent der Einnahmen aus, was für die Autor*innen der Studie bedeutet, dass das vielzitierte Verursacher*innenprinzip in Luxemburg nicht berücksichtigt wird.

Im Gegenteil, die externen Kosten für Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen werden auf drei Milliarden Euro jährlich geschätzt. Auch bei anderen Kennzahlen des Ressourcenverbrauchs schneidet Luxemburg schlecht ab: Mit 147 Kilo Lebensmittelabfällen pro Kopf im Jahr sind wir auf Platz Sieben jener EU-Länder, die am meisten wegwerfen. Auch am Arbeitsmarkt verortet die Studie Probleme, so ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 17,6 Prozent fast viermal so hoch wie die allgemeine, außerdem seien 109.000 Einwohner*innen, beinahe ein Fünftel also, vom Armutsrisko oder sozialer Exklusion betroffen.

Der Taxshift soll diese Probleme angehen und die Studie untersucht 20 verschiedene Maßnahmen, mit denen die Steuerlast verschoben werden sollen. Diese Verschiebung soll neutral für das Budget sein, der Staat würde also kein

Geld verlieren. Einerseits sollen Einkommensteuern gesenkt und die zwei untersten Einkommensfünftel finanziell unterstützt werden. Zusätzlich sollen Firmen steuerlich entlastet werden, wenn sie neue Arbeitskräfte einstellen, Umschulungen durchführen oder in die Kreislaufwirtschaft investieren.

Schöne neue Taxshift-Welt?

Auf der anderen Seite sollen auch neue Steuern eingeführt werden. Ein Vorschlag ist es, die jährliche Fahrzeugsteuer durch eine Kilometersteuer zu ersetzen, die je nach Fahrzeugmodell unterschiedlich ist. Außerdem werden Steuern auf Luftverschmutzung, CO₂-Emissionen und Wasserverbrauch vorgeschlagen. Allerdings soll auch die Mehrwertsteuer angehoben werden, außerdem die Akzisen auf Tabakprodukte erhöht werden. Die Kaufkraft sollte dadurch jedoch nicht geschmälert werden, da die Steuerbelastung auf Arbeit sinken würde.

Insgesamt rechnet die Studie nur mit positiven Effekten eines solchen Taxshifts für Luxemburg: In fünf Jahren würde das BIP um 400 Millionen Euro wachsen, es würden 23.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und beinahe 4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Die Studie schlägt vor, dass Luxemburg diese Szenarien genauestens analysiert.

Bei den Luxemburger Parteien scheint die Debatte noch nicht wirklich angekommen zu sein. So liest man in den Wahlprogrammen wenig bis nichts zu einem möglichen Taxshift, wie ihn der CSDD präsentierte. DÉI Léenk stellen klar, dass sie gegen „regressive ökologische Steuern“ sind und genauso eine progressive CO₂-Steuer wie gestaffelte Wasser- und Energiepreise einführen würden. DÉI Gréng wollen die Methode, wie die Gebühren für die Restabfallentsorgung berechnet wird, ändern und Reparaturen steuerlich vergünstigen. Außerdem wollen sie sich für eine Kerosinsteuer auf EU-Ebene einsetzen. Einen grundlegenden Taxshift will die Öko-Partei jedoch nicht, sie schlägt stattdessen in ihrem Wahlprogramm viele kleine Änderungen vor.

Die anderen Parteien haben noch keine vollständigen Programme veröffentlicht. So, wie die Diskussionen über Luxemburgs Steuerpolitik bisher geführt wurden, sind keine größeren Überraschungen zu erwarten. Dementsprechend muss man damit rechnen, dass die Debatte um einen Taxshift weitere fünf Jahre nach hinten verschoben wird und damit wertvolle Zeit für die ökologische Transition verloren geht.

SHORT NEWS

NGOs kritisieren neues Agrargesetz

(mes) – Sechs NGOs aus den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt üben Kritik am neuen Agrargesetz, das am 13. Juli ohne Gegenstimme im Parlament verabschiedet wurde. Es fehle der Gesamtüberblick und es mangele an mittel- sowie langfristigen Perspektiven für die hiesige Landwirtschaft. Anhand von Beihilfen und Prämien soll das Gesetz im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik die nachhaltige Entwicklung des luxemburgischen Agrarsektors sichern. Allerdings beklagen NGOs wie Mouvement écologique oder natur&ëmwelt die neuen Maßnahmen seien unzureichend, um den Umstieg zu einer sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft zu ermöglichen. Ein nächstes Gesetz müsse in weitaus größerem Maße eine Bodenhaltung, die Diversifikation des Fruchtwechsels und eine „drastische“ Reduzierung des Pestizideinsatzes priorisieren, so die NGOs. Denn, „die Umsetzung des EU Green Deals muss sich unbedingt in der Agrar- und Ernährungsstrategie Luxemburgs widerspiegeln“. Dies beispielsweise in Form einer Verringerung der Verwaltungskosten um Bio-Betriebe zu fördern und Ressourcen zu schonen. Bislang sieht das neue Gesetz vor, mehr als ein Drittel des 812 Millionen Euro schweren Budgets an jene Landwirt*innen zu verteilen, die während der Förderperiode 2023 – 2027 auf eine nachhaltige Produktion umstellen. Laut einem Bericht des Observatoire de l'environnement naturel müssen Umweltfördermaßnahmen jedoch auf mindestens 25 Prozent des Ackerbaus angewendet werden um dem fortlaufenden Artenvielfaltverlust entgegenzuwirken.

Piratepartei: Bereit für mehr, aber was?

(lm) – Tier- und Datenschutzhilfe, Chaosverein, Sven-zum-Minister-Partei – über die Piratepartei gibt es so manche Vorurteile. Am vergangenen Montag war die Presse zur Jahresbilanz eingeladen, gefolgt von einem Mittagessen (auf das wir in einem transversalen Artikel noch eingehen werden). Als Erstes servierte die Partei aber – Beleg für ihre Seriosität – Zahlen zu ihrer Chamberarbeit. Von 2018 bis 2023 haben die beiden Abgeordneten mit 20 Propositions de loi, 118 Motionen und Resolutionen sowie 1.610 Questions parlementaires zum Funktionieren der luxemburgischen Demokratie beigetragen. Diese Arbeit mit den bescheidenen Mitteln einer kleinen Partei habe ihnen buchstäblich viele graue Haare beschert, so Marc Goergen, der versicherte, er und Sven Clement seien ohne angetreten. Die Aussicht, nach den Wahlen vier bis sechs Abgeordnete zu haben, lasse hoffen, dass man die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, dann noch besser leisten könne. Kontrolle, so Sven Clement, sei schon 2018 das Leitbild gewesen: Er zählte dann die großen und kleinen Affären auf, die zum Teil von der Piratepartei ins Rollen gebracht wurden – wobei der Daten-, nicht aber der Tierschutz Erwähnung fand. Auf die woxx-Nachfrage, ob der Fokus auf Oppositionsarbeit bedeute, dass man gar nicht in die Regierung wolle, veranschaulichte Clement, wie kompliziert demgegenüber eine Regierungsbeteiligung ist: Programmatische Widersprüche, menschliche Inkompatibilitäten, langwierige Verhandlungen. Und fügte hinzu, wenn sich die Möglichkeit ergebe, mitzugestalten, sei man auch bereit, „Verantwortung zu übernehmen“.

Immobilier : une profession dans le collimateur

(woxx) – Il y a les banques qui abusent de leur position dominante sur les « garanties d'achèvement » et les agences immobilières qui font de la surenchère et prennent de jolies commissions au passage. Mais surtout, il y a les promoteurs et promotrices qui ont multiplié leur chiffre d'affaires par 2,7 entre 2010 et 2020 et par huit leur excédent brut d'exploitation. Sans que le nombre de logements neufs n'augmente significativement. L'Autorité de la concurrence a publié ce 19 juillet une enquête sectorielle sur le marché de l'immobilier résidentiel aux résultats affligeants pour les professionnelles. Les promoteurs et promotrices sont soupçonné-es de violer les règles de la concurrence dans des appels d'offre ou quand ils et elles échangent des informations et coopèrent sur des projets communs. Ils et elles sont aussi suspecté-es d'avoir sous-payé leurs ouvriers pour entretenir un manque de main d'œuvre qui freine la construction de nouvelles habitations. L'enquête montre encore que 83 % des terrains à bâtir appartiennent à quelques entreprises et particuliers et particuliers qui spéculeraient pour faire monter le prix des logements. « Les promoteurs et les agences immobilières ont largement contribué à la flambée des prix du logement ces dernières années », a réagi le ministre de l'Économie, Franz Fayot. Ayant la concurrence sous sa tutelle, il a annoncé qu'il saisira le Conseil de gouvernement de ces résultats car il faut « résoudre le problème du logement ». Il n'y a plus qu'à...